

Antrag

der Abgeordneten Hans-Josef Fell, Dr. Gerhard Schick, Sylvia-Kotting-Uhl, Bärbel Höhn, Cornelia Behm, Bettina Herlitzius, Winfried Hermann, Peter Hettlich, Ulrike Höfken, Dr. Anton Hofreiter, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Fonds Ökowandel – Neues Wirtschaften mit altem Geld – Der grüne Fonds aus den Rückstellungen der Atomwirtschaft

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Betreiber von Atomkraftwerken sind gemäß den §§ 7 und 9 des Atomgesetzes (AtG) in Verbindung mit § 9a AtG als Verursacher für die Verwertung radioaktiver Reststoffe und Beseitigung radioaktiver Abfälle und die Stilllegung der Atomkraftwerke zuständig. Sie sind verpflichtet Rückstellungen zu bilden.

Sowohl beim Rückbau der Atomanlagen als auch bei der Endlagerung der Brennelemente handelt es sich um Verbindlichkeiten, die erst in einigen Jahren bis Jahrzehnten, bei der Endlagerung sogar in mehreren Jahrzehnten fällig sein werden. Den Gesamtbetrag der Rückstellungen, der im Laufe der letzten Jahre von den Betreibergesellschaften angesammelt wurde, beziffert die Bundesregierung für Ende 2006 auf 27,388 Mrd. Euro. Hierzu kommen in den nächsten Jahren noch zweistellige Milliardenbeträge hinzu.

Bei der bisherigen Art und Weise, die für die Stilllegung von Atomanlagen oder die Entsorgung von Kernbrennstoffen gebildeten Rückstellungen zu verwenden und anzulegen, ist nicht hinreichend gewährleistet, dass die Mittel im Bedarfsfall auch tatsächlich für den Bestimmungszweck zur Verfügung stehen. Als 1988 der Thorium-Hochtemperatur-Reaktor THTR in Hamm-Uentrop nach nur 423 Volllasttagen wegen seiner Sicherheitsmängel stillgelegt wurde, stand die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Betreibergesellschaft in Frage. Die Kosten der Stilllegung fielen in unerwarteter Höhe der öffentlichen Hand zu, die erhebliche finanzielle Verpflichtungen übernehmen musste, damit ein geordnetes Verfahren zur Stilllegung des THTR eingeleitet werden konnte.

Anders als bei Pensionsrückstellungen, bei denen es stetigen Zu- und Abfluss gibt, ist der Elektrizitätswirtschaft eine enorme Liquiditätsreserve zugewachsen, über die sie frei verfügen kann, solange der Bestand in der Bilanz nachgewiesen wird. Während andere Unternehmen für ihr Geschäftskapital Kredite aufnehmen müssen, können die Atomkraftwerksbetreiber auf ihre eigenen steuerfreien Rückstellungen zurückgreifen. Hierdurch entstehen Wettbewerbsverzerrungen zum Schaden anderer Unternehmen.

Vorbild für die Sicherstellung der Rückstellungen der Atomkraftindustrie könnten der öffentlich kontrollierte Stilllegungsfonds und der Entsorgungsfonds in der Schweiz sein.

Ein öffentlich kontrollierter Fonds, in dem die Rückstellungen der Atomwirtschaft für die Entsorgung gebündelt werden, darf nach dem Beschluss über den Atomausstieg Deutschlands nicht wieder in die Atomenergie investieren – auch da der Neubau von Atomkraftwerken in Deutschland verboten ist. Damit ergibt sich eine neue Rolle als zentraler Baustein in einer Strategie für nachhaltiges Investment für einen solchen Fonds:

Ein wichtiger Schritt für die Verbreitung von nachhaltigem Investment – auch zur Stärkung des Finanzplatzes Deutschland – kann in Ermangelung einer allgemeingültigen Definition für nachhaltige Geldanlage ein bekannter öffentlicher Fonds sein, dessen Anlagekriterien Orientierungspunkt für andere Marktteilnehmer, insbesondere für Anlegerinnen und Anleger sein können. Kernpunkt ist hierbei die Sicherstellung einer optimalen und immer wieder optimierten Nachhaltigkeitsstrategie des Fonds, aber auch eine effiziente Anlagepolitik. Vorbild für nachhaltiges Investment kann nur ein Fonds sein, der sich auch durch eine sehr gute Performance auszeichnet.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

einen öffentlich kontrollierten Fonds Ökowandel in der Organisationsform einer rechtsfähigen Stiftung des öffentlichen Rechts zu errichten.

Die Energieversorgungsunternehmen werden verpflichtet, die für die Entsorgung bereits gebildeten und künftig zu bildenden Rückstellungen in den Fonds Ökowandel einzuzahlen. Grundvoraussetzung muss sein, dass die Mittel so angelegt sind, dass sie im Entsorgungsfall unverzüglich für die gebotenen Maßnahmen eingesetzt werden können.

Gesetzlich wird festgelegt, dass der Fonds Ökowandel sich an ökologischen, sozialen und ethischen Kriterien orientieren soll, die die Prioritäten der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie widerspiegeln.

Die Fondsverwaltung muss neben Nachhaltigkeitskriterien sachgemäße Kriterien wie z. B. Liquiditätsvorhaltung im Entsorgungsfall, Verwaltungskosten und Risiko-Exposure der Anlage beachten.

Von staatlicher Seite – unterstützt durch einen unabhängigen Nachhaltigkeitsrat – werden aus den eingereichten Angeboten das überzeugendste Gesamtkonzept ausgewählt und die Einhaltung der Kriterien überwacht.

Neben dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit des Deutschen Bundestages und den anerkannten Naturschutzverbänden entsenden auch die Energieversorgungsunternehmen Vertreter in den Stiftungsrat. Sie sind daher an allen wichtigen Entscheidungen der Stiftung beteiligt.

Berlin, den 20. Februar 2008

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion